

WKÖ WIRTSCHAFTSBAROMETER

WINTER 2022 - EXECUTIVE SUMMARY

AUSBLICK AUF 2023 MIT LICHT UND SCHATTEN

AUSBLICK AUF 2023 MIT LICHT UND SCHATTEN

Die Folgen des Ukrainekriegs trüben die Stimmung in Österreichs Wirtschaft. Besonders hohe Preise bei Energie und Rohstoffen belasten die Betriebe enorm, zeigt der aktuelle WKÖ-Wirtschaftsbarometer, für den österreichweit Rückmeldungen von mehr als 5.400 Betrieben aus allen Branchen und Regionen analysiert wurden. Zu diesen aktuellen Herausforderungen kommen schon „alt bekannte“ Hemmnisse wie der Arbeitskräftemangel, der den Unternehmen anhaltend Sorgen bereitet.

- **Geschäftsaussichten trüben sich ein**

Angesichts der internationalen Abkühlung der Konjunktur und der Energiekrise schwächen sich die Erwartungen der Betriebe deutlich ab. Im kommenden Jahr erwartet jeder Zweite sinkende Aufträge. Demgegenüber stehen 15 % der Betriebe, die mit einer steigenden Auftragslage rechnen.

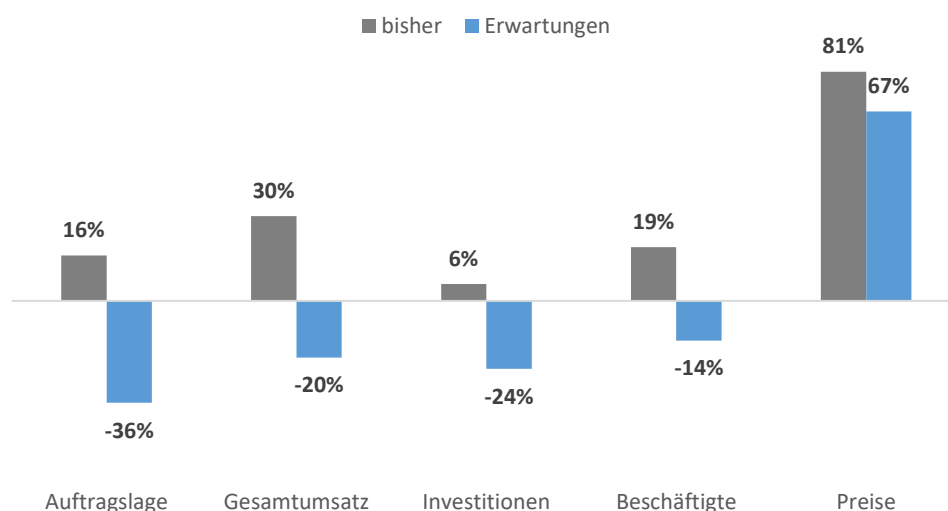
- **Zurückhaltung bei Investitionen**

Infolge des erwarteten Rückgangs von Auftragslage und Umsätzen sind die Unternehmen auch bei Investitionen und Beschäftigung zurückhaltend. Der Saldo der Investitionserwartungen fällt aktuell negativ aus, besonders bei kleineren Unternehmen.

- **Preisdruck nimmt etwas ab, bleibt aber hoch**

Der Preisdruck bleibt hoch, wenn auch etwas abgeschwächt gegenüber vergangenem Jahr. Die Gründe für die steigenden Preise sind eindeutig: 9 von 10 Unternehmen nennen Energie als Kosten- und Preistreiber. Ebenfalls fast 90 % der Befragten stufen Löhne und Gehälter als Preistreiber ein. 66 % der Unternehmen fordern Maßnahmen zur Lösung der Energiekrise auf europäischer Ebene.

Erwartungen – Saldo aus positiven und negativen Antworten



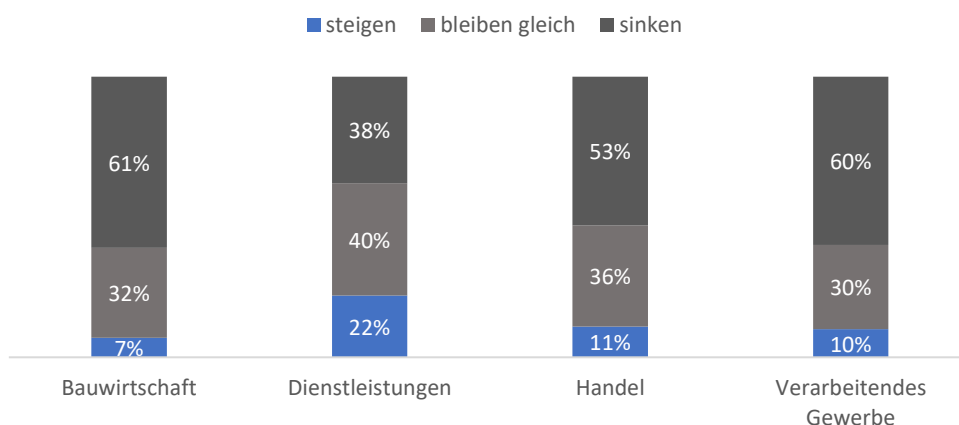
Unterschiede nach Branchen

Die Geschäftslage der Wirtschaft ist immer noch maßgeblich geprägt von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen durch den Ukrainekrieg, dazu kommt nun eine wachsende wirtschaftliche Unsicherheit, gepaart mit hoher Inflation. Die einzelnen Sektoren sind dabei sehr unterschiedlich betroffen:

- In der **Industrie und in der Bauwirtschaft** sind vor dem Hintergrund von Preissteigerungen und Engpässen bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen teils deutliche Eintrübungen der erwarteten Auftragslage erkennbar. Beide Sektoren erwarten einen Rückgang der Aufträge von 50 % oder mehr. Auch die steigenden Kapitalkosten stellen neben den Arbeits-, Material- und Energiekosten ein Problem dar.
- Die **Handelsunternehmen** rechnen im kommenden Jahr überwiegend mit einer Verschlechterung der Auftragslage. Besonders die erwarteten steigenden Preise machen ihnen zu schaffen, dementsprechend erwartet ein Drittel der Unternehmen auch sinkende Umsätze.
- Im **Dienstleistungssektor** wird ebenso eine Abschwächung erwartet, im Vergleich zu den anderen Sektoren erwartet der konsumnahe Dienstleistungsbe- reich jedoch geringere Einbußen. Maßgeblich dürfte dabei sein, dass dieser Sektor weniger von Rohstoffen, Vorleistungen und Material abhängig ist, welche in den letzten Monaten starke Preissteigerungen erfahren haben.

Ausblick trübt sich quer über alle Branchen ein

Auftragslage, Erwartungen



Resilienz steigt mit zunehmender Größenklasse

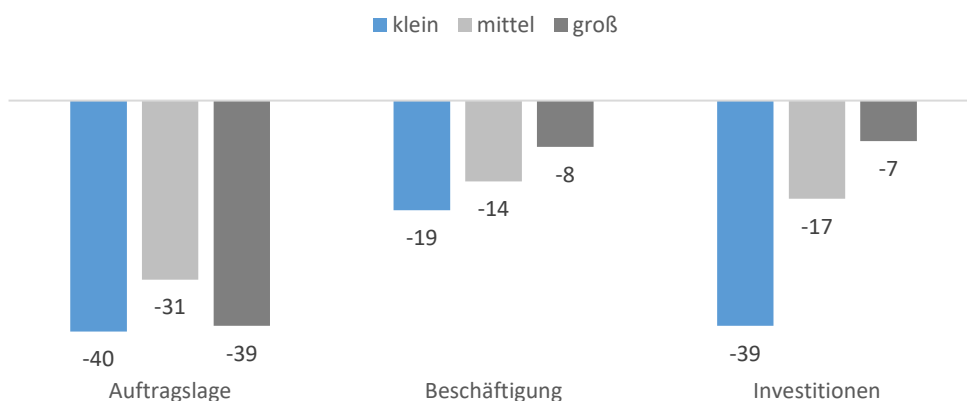
Unternehmen aller Größenklassen erwarten über alle Indikatoren hinweg Eintrübungen im Vergleich zur bisher sehr positiven Entwicklung. Die Erwartungssalden zur Auftragslage liegen für kleine, mittlere und große Unternehmen im negativen Bereich.

Ein differenziertes Bild zeigt sich bei den Aussichten zu Beschäftigten und Investitionen. Lediglich 8 % der Großunternehmen erwarten bei dem eigenen Personalstand einen Rückgang. Hingegen plant fast jedes fünfte Kleinunternehmen, Beschäftigte abbauen zu müssen. In Summe schlagen sich die deutlich pessimistischen Geschäftserwartungen nur in eingeschränktem Ausmaß auf die Beschäftigungspläne der Unternehmen nieder. Denn aufgrund des vorherrschenden Arbeitskräftemangels versuchen die Betriebe über alle Größenklassen, den Personalstand stabil zu halten.

Fast jedes fünfte Kleinunternehmen plant Stellenabbau

Auch bei den Investitionen zeigen sich Unterschiede nach Größenklassen: Bei den kleineren Unternehmen planen mehr als die Hälfte, das Investitionsvolumen zu reduzieren. Per Saldo liegen die Investitionserwartungen der kleinen Unternehmen bei minus 39. Die großen Unternehmen schätzen zwar ihre Auftragslage ähnlich schwach ein wie die KMU, dennoch liegt der Saldo aus positiven und negativen Antworten mit -7 nicht so deutlich im negativen Bereich. 30 % der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten, plant das Investitionsvolumen aufzustocken.

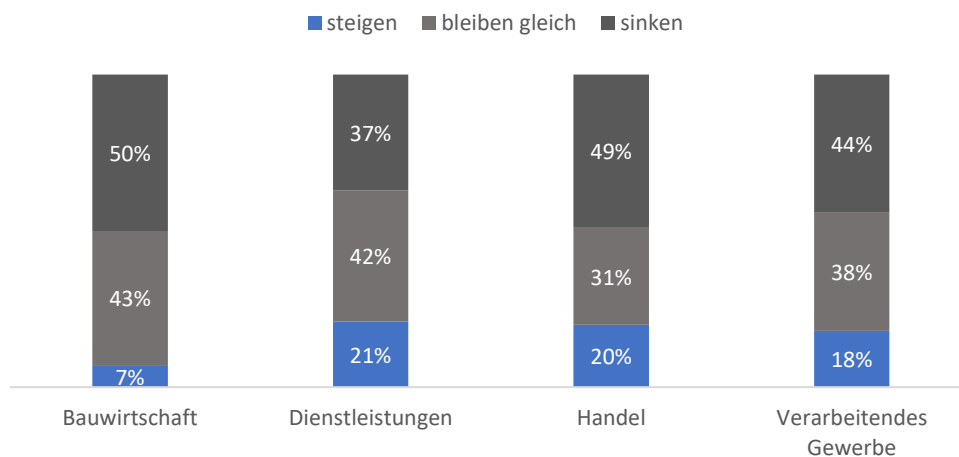
Erwartungsindikatoren aller Größenklassen zeigen nach unten



Investitionsvolumina gehen zurück

Die Branchenbetrachtung zeigt ein getrübbtes Bild bei der Einschätzung des Investitionsvolumens in den kommenden 12 Monaten. Besonders in der Bauwirtschaft geht jedes zweite Unternehmen von einem sinkenden Investitionsvolumen aus. Im Handel geben aktuell 2,5 Mal so viele Unternehmen an, das Investitionsvolumen reduzieren, anstatt ausweiten zu wollen. Im verarbeitenden Gewerbe erwartet der Großteil sinkende Investitionen im nächsten Jahr. Spannend ist, dass fast alle Branchen – außer dem Handel, der schon früher von negativen Investitionserwartungen geprägt war – nach positiven Erwartungen beim Wirtschaftsbarometer Sommer 2022 nun einen Kurswechsel für das kommende Jahr sehen und sinkende Investitionen erwarten.

Kurswechsel bei Investitionen

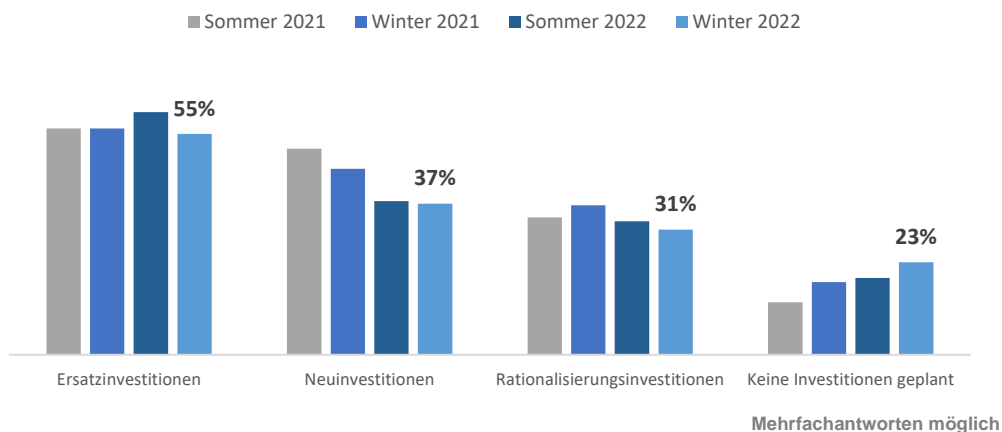


Ersatzinvestitionen dominieren

Der Anteil der Unternehmen, die keine Investitionen planen, ist in den vergangenen ein- einhalb Jahren stetig gestiegen und liegt nun bei 23 %. Bei jenen Unternehmen, die zukünftig Investitionen planen, überwiegen in Summe die Ersatzinvestitionen und werden von 55 % der Unternehmen als Motiv für geplante Investitionen genannt. Die für Wachstum und Beschäftigung entscheidenden Neuinvestitionen machen 37 % aus, es zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede nach Größenklassen. Im Winter 2021 lag der Wert für geplante Neuinvestitionen noch um 9 Prozentpunkte höher bei 46 %. Eine sinkende Tendenz wird auch bei Rationalisierungsinvestitionen verzeichnet.

Wer investiert, schafft vorwiegend Ersatz an

Investitionsmotive im Zeitverlauf



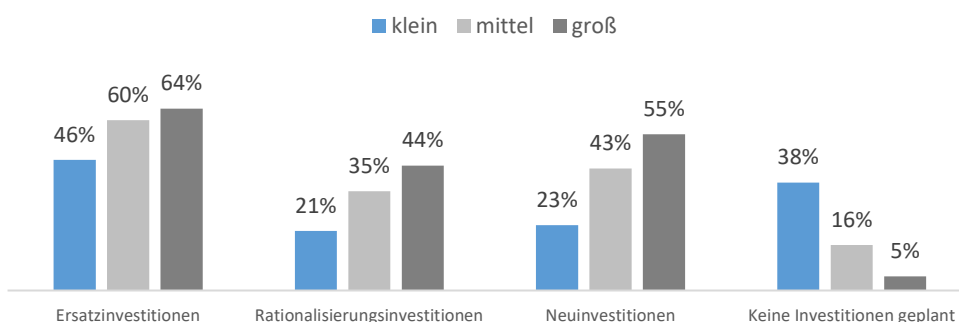
Merkliche Unterschiede bei Investitionsmotiven nach Größenklassen

- In Summe gibt jedes fünfte Unternehmen an, keine Investitionen zu planen, bei kleinen Unternehmen fällt der Anteil mit fast 40 % überdurchschnittlich aus. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil bei großen Unternehmen nur bei 5 %. Obwohl kleine wie auch große Unternehmen von sinkenden Aufträgen ausgehen, gibt es nur einen geringeren Anteil der großen Betriebe, die keine Investitionen plant.
- Mehr als die Hälfte der Großbetriebe planen im kommenden Jahr Neuinvestitionen. Bei den kleinen Unternehmen liegt der Anteil nur halb so hoch. Neuinvestitionen sind insbesondere aufgrund ihres Beitrags zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung als wichtig für die weitere konjunkturelle Entwicklung und die erfolgreiche Transformation der Wirtschaft einzustufen.
- Bei kleinen Unternehmen liegt der Schwerpunkt eindeutig auf Ersatzinvestitionen, die von rund der Hälfte geplant werden. Bei Großunternehmen geben 7 von 10 an, Ersatzinvestitionen tätigen zu wollen.

Fast 40% der Kleinunternehmen planen nicht zu investieren.

Doppelt so viele große als kleine Unternehmen planen Neuinvestitionen.

Investitionsmotive nach Größenklasse



Gründe für Neuinvestitionen



65 %
Ökologische Investitionen



59 %
Innovation



54 %
Digitalisierung

Mehrfachantworten möglich

Trend zu ökologischen und nachhaltigen Investitionen hält trotz Krise an

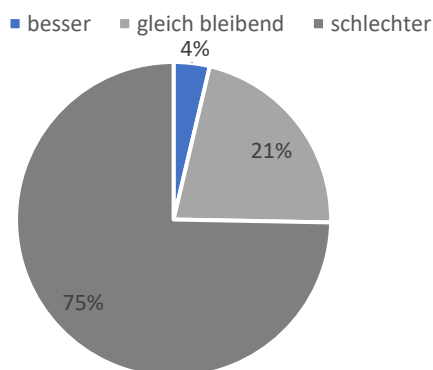
Der Trend zu ökologischen und nachhaltigen Investitionen fort, wozu die hohen Energiepreise möglicherweise beigetragen haben. 65 % geben als Motiv für geplante Neuinvestitionen grüne Investitionen an. An zweiter Stelle folgen Investitionen in Innovation und Digitalisierung. Auch sie befinden sich weiterhin auf hohem Niveau.

Unsicherheit belastet Wirtschaftsklima

Die Erwartungen der Betriebe sind aktuell von den Sorgen eines Wirtschaftsabschwungs geprägt. Angesichts der vielfältigen Belastungen liegt ein Wirtschaftsabschwung in der Luft. Die Wirtschaftsklimaaussichten sind auf einem Tiefpunkt und sagen für das kommende Jahr eine Stagnation voraus. Laut WIFO-Prognose wächst das BIP um 0,2 % im Jahr 2023 in Österreich. Dementsprechend eingetrübt sind auch die Einschätzungen der Unternehmen. Knapp 3 von 4 Unternehmen erwarten nun eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas. Aktuell gehen nur noch 4 % der Unternehmen von einer Verbesserung des Wirtschaftsklimas in den kommenden 12 Monaten aus. Im Sommer dieses Jahres lag dieser Wert immerhin noch bei 8 %.

3 von 4 Unternehmen erwarten nun eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas.

Wirtschaftsklima Erwartungen



Neue und alte Herausforderungen

Herausforderungen aus Sicht der Betriebe



	83%	76%	63%	50%
Winter 2022	83%	76%	63%	50%
Sommer 2022	79%	82%	54%	65%
Winter 2021	64%	79%	54%	58%
	Energiepreise	Arbeitskräftemangel	Arbeitskosten	Lieferengpässe

Mehrfachantworten möglich

Steigende Energiepreise und Preise von Rohstoffen und Vorleistungen führen erstmals die Rangliste der Herausforderungen an. Das Risiko steigender Energie- und Rohstoffpreise – schon in der Vorumfrage auf dem bis dahin höchsten gemessenen Stand – klettert erneut auf einen Höchstwert (83 %, im Vorjahr noch 64 %). Klassische Branchenunterschiede zwischen produzierenden und Dienstleistungsbereichen bestehen zwar weiterhin, die Energiepreise setzen jedoch zunehmend alle Wirtschaftszweige unter Druck. Mehr als jeder zweite Betrieb ist von der Energiekrise stark oder sogar sehr stark betroffen. Zum Vergleich: Im Winter 2020 gaben nur 12 % der Unternehmen an, dass die Energiepreise eine Herausforderung darstellen.

Belastung durch Energiepreise auf Rekordniveau

Herausforderung Energiepreise nach Sparten

Gewerbe & Handwerk	Industrie	Handel	Transport & Verkehr	Tourismus & Freizeitwirtschaft	Information & Consulting
79%	95%	88%	95%	90%	59%

Arbeitskräftemangel weiterhin starker Hemmschuh. Die zweitdrängendste Herausforderung für heimische Betriebe ist der Arbeitskräftemangel. Rund drei Viertel der Befragten gehen davon aus, dass der Arbeitskräftemangel auch in den kommenden Jahren anhalten wird. Insbesondere mittlere und große Unternehmen sind stark betroffen. Angesichts der demografischen Entwicklung wird uns diese Problematik voraussichtlich noch viele Jahre begleiten.

Arbeitskräftemangel als Hemmschuh

Verbunden mit der Fachkräftethematik stellen auch die hohen **Arbeitskosten** für die Unternehmen eine Belastung dar. Über alle Branchen und Unternehmensgrößen hinweg wird dieser Aspekt als Kostentreiber genannt. In Anbetracht der bisher verzeichneten Inflation mag sich darin bereits die Sorge vor einer Preis-Lohn-Spirale widerspiegeln.

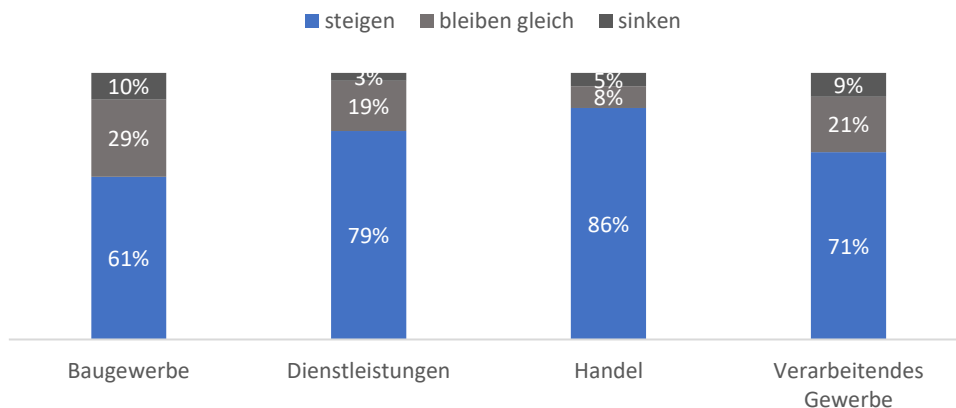
Gegenüber dem Jahresanfang hat sich die Situation bei den **Lieferketten** merklich entspannt. Aktuell führen 50 % Lieferkettenprobleme als Störfaktor für das kommende Jahr an. Eine überdurchschnittlich hohe Betroffenheit weisen die Unternehmen aus dem Handel auf: 75 % geben die Lieferengpässe als Herausforderung an.

	klein	mittel	groß
Arbeitskräftemangel	74 %	86 %	90 %
Energiepreise	79 %	75 %	87 %
Lieferkettenstörungen	60 %	64 %	74 %

Weiterhin hohe Kostenbelastung und steigende Preiserwartungen

Dass hoher Preisdruck auf den Betrieben lastet, haben schon die Vorjahresergebnisse gezeigt. Hier bleiben die Erwartungen auf hohem Niveau: In Summe geben 66 % der Befragten an, dass sie in den kommenden 12 Monaten mit steigenden Preisen rechnen. Rund ein Fünftel geht von einer gleichbleibenden Preisentwicklung aus. Der Druck ist in allen Branchen groß, der Anteil der Unternehmen, die von steigenden Preisen ausgehen ist im Bereich des Handels und der Dienstleistungen aktuell am höchsten. Am geringsten ist er in der Bauwirtschaft, die schon zuvor von einem sehr deutlichen Kosten- und Preisdruck betroffen war.

Preise, Erwartungen



Die Gründe für die steigenden Preise liegen auf der Hand: Neben Energiekosten werden Löhne und Gehälter als Kosten- und Preistreiber (90 %) genannt. 3 von 4 Unternehmen geben zudem Preise von Vorleistungen als Kostentreiber an. Derzeit spielen die Kapitalkosten noch eine geringere Rolle, die Situation könnten sich infolge der Zinsschritte jedoch noch verschärfen.

90 % der Unternehmen sehen Energiekosten als auch Löhne und Gehälter als Gründe für steigende Preise an

Gründe für steigende Preise

Energiekosten/Kraftstoffe	90 %
Löhne und Gehälter	90 %
Preise von Vorleistungen/Material	75 %
Kapitalkosten (z.B. Zinsen auf Darlehen)	29 %

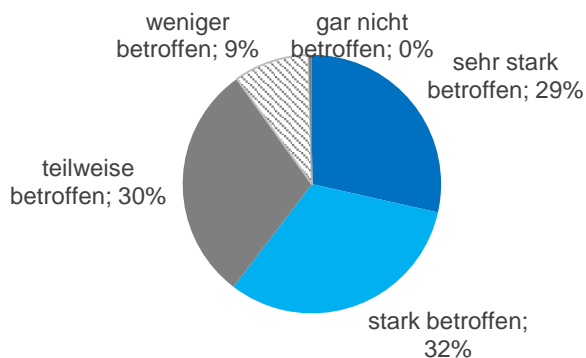
Die Kostentreiber treffen Unternehmen aller Größenklassen und Branchen. Bei den kleinen Unternehmen gibt jedes vierte Unternehmen an, dass steuerliche Verpflichtungen auch ein Grund sind.

Fokus: Energiepreise

Die Energiekrise belastet die österreichische Wirtschaft über nahezu alle Branchen hinweg. Insgesamt geben 29 % der Unternehmen an, dass sie von der aktuellen Energiekrise sehr stark betroffen sind, weitere 32 % sind stark betroffen.

6 von 10 Unternehmen sehr stark bzw. stark von Energiekrise betroffen

Betroffenheit von Energiepreisen



Aus der Umfrage zeigt sich, dass sich die Unternehmen derzeit weniger um die Verfügbarkeit als um die hohen Preise im Energiebereich sorgen. Besonders die hohen Strompreise machen 84% der Unternehmen zu schaffen. Treibstoff-Preise belasten 58% der Unternehmen und die Gaspreise bereiten 48% der Unternehmen Probleme. Die Thematik der Energieverfügbarkeit steht für den Großteil der Unternehmen derzeit nicht so stark im Fokus. Die hohen Füllstände der Gasspeicher haben sicherlich dazu beigetragen, dass die Versorgungslage im Winter 2022/23 noch als relativ gesichert wahrgenommen wird.

Problem aktuell: Preise und Nicht-Verfügbarkeit

	Preis	Verfügbarkeit
Strom	84%	14%
Gas	48%	14%
Treibstoff	58%	12%
Heizöl	15%	5%

Mehrfachantworten möglich

Prioritäre wirtschaftspolitische Maßnahmen

Befragt nach jenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Unternehmen als prioritär und dringend erachten, sprechen sich zwei Drittel für eine europäische Herangehensweise zur Eindämmung des Energiepreisschocks aus. Zudem fordern 66% der Unternehmen, die nationale Strompreisbremse auch auf Unternehmen auszuweiten. 57% sehen die Erschließung weiterer Energiequellen, wie z.B. den Ausbau erneuerbarer Energiequellen sowie die Nutzung heimischer Gasressourcen, als notwendigen Lösungsweg aus der Energiekrise.

67 % sehen Maßnahmen auf europäischer Ebene als Priorität


Die Top-3 der geforderten Maßnahmen



66%
Maßnahmen auf europäischer Ebene



66%
Strompreisbremse auf Unternehmen ausweiten



57 %
Erschließung weiterer Energiequellen

Mehrfachantworten möglich

Fazit: Der WKÖ-Wirtschaftsbarometer zeigt Licht und Schatten: Beim Blick auf 2023 gibt es Unsicherheiten, aber auch Aussicht auf viele stabilisierende Faktoren. In einer schwierigen Situation wie jetzt ist es unerlässlich, dass die Politik einen wettbewerbsfähigen Rahmen für die Betriebe schafft und rasch die richtigen Weichen stellt, die Planungssicherheit schaffen. Dann kann Österreich vom Krisenmodus schnell in den Zukunftsmodus umschalten.